

## **Besondere Antworten in einer besonderen Situation**

### **I. Debattenanstoß und Steinbruch**

Der Beschluss der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten für eine vorsichtige Öffnung des gesellschaftlichen Lebens ist von Vorsicht geleitet. Vulnerable Gruppen sollen laut Beschluss besonders geschützt werden, die Regelungen dürfen aber “nicht zu einer vollständigen sozialen Isolation der Betroffenen führen”, heißt es in dem Abschlussdokument. Diese Abwägung ist wichtig und gut, trifft aber auch auf eine andere Gruppe besonders zu: die Kinder in unserer Gesellschaft.

Während es für die Abschluss- und Übergangs-Jahrgänge mindestens ein Datum gibt, an dem der Schulbetrieb unter Einschränkungen wieder beginnen kann, gibt es für die Kleinen und Kleinsten nur das Prinzip Hoffnung. Für sie gibt es, neben der teilweise sehr knapp bemessenen Notbetreuung, bisher nur warme bemitleidende Worte. Dabei ist gerade dort der soziale Druck besonders groß. Und er verschärft sich je nach sozialer Lage, Wohnungsgröße, Geschwisteranzahl, möglichem Handicap der Kinder und Jugendlichen, technischer Ausstattung mit digitalen Endgeräten, Auto für Ausflüge ins Grüne, der wirtschaftlichen Existenzangst der Eltern, etc. Die Corona-Situation trifft Kinder und Jugendliche ganz unterschiedlich hart: Wer in engen Wohnungen, wer ohne Garten, wer ohne Internetanschluss und ohne einen ruhigen Platz für die Hausaufgaben lebt, wer keine Eltern hat, die beim Lesen, bei Physik und Englisch helfen können, den treffen geschlossene Kitas und Schulen härter. Kinder und Jugendliche, die in einer Umgebung ohne Anregung leben, ohne Kontakt zu Freundinnen und Freunden, halten diesen Shutdown schwerer aus. Und vor allem leiden die Kinder, die ohnehin schon Gewalt in den Familien erleiden müssen, noch stärker – nun ist buchstäblich niemand mehr da, dem Blessuren und Verletzungen überhaupt auffallen können. Es ist an der Zeit, wieder Raum für das soziale Lernen und den Austausch im realen Raum zu bieten. Es ist richtig, dass die Regierungschefinnen und Regierungschefs beschlossen haben, dass wir die besonders vulnerablen Gruppen nicht isolieren. Aber das muss dann eben auch für Kinder und Jugendliche gelten.

Nur zu sagen, Kitas und die Schule bleiben für viele geschlossen, ist noch keine Antwort sondern beschreibt vor allem eine Aufgabe. Es braucht kreative und neue Lösungen, damit auch hier – innerhalb der Vorgaben der Bundes- und Landespolitik - der Isolation begegnet werden kann. Je länger der gewohnte Unterricht, der alltägliche Besuch der Kita, noch lange auf sich warten lassen, desto wichtiger ist, auch andere Formen der Begegnung und Anregung zu organisieren. Für alle Maßnahmen gilt, dass das Infektionsgeschehen im Blick gehalten werden muss und die allgemeinen Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Das gilt speziell für Kinder und Erzieher\*innen und Lehrer\*innen, die selbst zu einer Risikogruppe gehören. Für sie müssen besondere Vorsichts- und Rücksichtsmaßnahmen gelten.

Dieses Impulspapier erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und traut sich, auch unorthodoxe Gedanken festzuhalten. Es ist ein Debattenanstoß oder ein Steinbruch – es schließt nichts ab, sondern lädt ein. Erarbeitet wurde es von den bildungspolitischen Sprecher\*innen der Grünen auf Bundes- und Landesebene.

## **II. Auf den Weg machen**

- In der bildungspolitischen Corona-Diskussion geht es derzeit vor allem um Fragen der Prüfungen und Hygiene in Kitas und Schulen. Neben der Frage, ob die Schulen oder Kitas nun weiter geschlossen bleiben oder geöffnet werden sollen, ob ganze Jahrgänge und wenn ja welche, wann in die Schulen gehen, muss aber auch über kreative Alternativen nachgedacht werden. Denn es gibt viele Möglichkeiten, wie wir Kinder und Jugendliche in dieser schweren Zeit unterstützen können, um die Vereinsamung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern und Chancengleichheit einigermaßen wahren können. Wir appellieren an die Kultus- und Sozialministerinnen und -minister der Länder, verstärkt Angebote in den Blick zu nehmen, die Kindern und Jugendlichen helfen, auch wenn sie den Rahmen des Üblichen überschreiten. Es sind unübliche Zeiten. Wir wissen, dass sich viele Schulen und Kitas schon selbst auf den Weg gemacht haben und auch jetzt die Zeit damit verbringen, eigene Lösungen voran zu bringen. Es wird in den nächsten Wochen auch darum gehen, dass gute und kreative Ideen aus den Einrichtungen zum

Nachahmen vorgestellt werden. Hier sind die Institute für Bildungsqualität besonders gefordert.

### **III. Unterstützung für die Kleinsten**

- Während der Schließungen von Kitas und Schulen sind einige Erzieherinnen und Erzieher nicht eingesetzt. In den Schulen findet reduzierter Unterricht statt, in den Kitas gibt es nur die Notbetreuung. Die Notbetreuung ist in den letzten Wochen auf die „systemrelevanten Berufe“ beschränkt gewesen. Gerade bei den Elementarkindern brauchen wir aber eine Öffnung, die die soziale Lage der Kindern und Eltern berücksichtigt. Diese kann im klassischen Rahmen erfolgen. Sie kann aber auch dynamisiert werden. Viele Pädagoginnen und Pädagogen können derzeit nicht zur Arbeit. Vorort sollte ausgelotet werden, wieviel Fachpersonal einsetzbar ist und wie die Räumlichkeiten so genutzt werden können, dass zumindest in Kleinstgruppen ein Angebot aufgebaut werden kann, das über den derzeitigen Status hinaus geht und die Notbetreuung ausweitet. Dabei ist wichtig, das Bezugsperson und Kinder in festen Gruppen zusammenkommen, um die Infektionsgefahr einzudämmen. Solche Gruppen bekommen so die Möglichkeit, zum Beispiel an bestimmten Tagen und in eingeschränkter Stundenzahl aus den eigenen vier Wänden herauszukommen. In ersten Schritten können so besonders Kinder von Alleinerziehenden, aber auch Kinder mit besonderem Förderbedarf oder aus schwierigen sozialen Situationen bedacht werden. Weiterhin brauchen Kinder und Familien, deren Eltern beide erwerbstätig sind, ebenso ein verlässliches Angebot. Auch für sie sollten schrittweise die Kitas geöffnet werden. Erzieherinnen und Erzieher haben einen guten Einblick in die jeweilige familiäre Situation. Viele Pädagoginnen und Pädagogen warten nur darauf, ihren Kita-Kindern in angemessener Form wieder mehr Kontakt und Anregung zu bieten. Zudem brauchen Kinder und Familien, deren Eltern beide erwerbstätig sind, ein verlässliches Angebot. Auch für sie sollten schrittweise die Kitas geöffnet werden.
- Solange die Kinderbetreuung stark eingeschränkt ist, können – sobald die Kontaktsperren gelockert werden - zudem Betreuungsgemeinschaften zwischen zwei oder drei Familien vereinbart werden. Diese bieten die

Möglichkeit, die Maßgaben des Infektionsschutzes einzuhalten und dennoch die soziale Isolation von Kindern aufzubrechen, Freundschaften wieder aufleben zu lassen und Eltern zu entlasten. Wichtig ist, dass die Familien dann nur untereinander Kontakt haben und den Kontakt zu anderen Familien weiterhin meiden.

- Kinder brauchen Raum zum Toben und Spielen im Freien. Besonders Kinder, die keinen Garten nutzen können, leiden gerade besonders. Daher soll vor Ort geprüft werden, wo Kinder unter Aufsicht und mit Einhaltung von Abstandsregeln wieder Angebote im Freien besuchen können. Auch sollten Spielplätze unter Beschränkung einer maximalen Personenzahl ab Mai wieder geöffnet werden, auch wenn die Einhaltung der Beschränkungen sicher nicht einfach wird.

#### **IV. Räume und Zeiten für die Schülerinnen und Schüler**

Gerade bei jüngeren Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien spielt die Beziehung zur Lehrkraft eine besondere Rolle. Ein- bis zweimal pro Woche sollen die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte daher aktiv miteinander kommunizieren. Dafür sollen alle Wege genutzt werden, die den regelmäßigen Kontakt fördern. Das kann die direkte telefonische oder digitale Kommunikation sein. Überall dort wo es möglich ist, sollte die Kommunikation im realen Raum stattfinden, zum Beispiel über Schüler\*innensprechstunden, in denen bei ausreichendem Abstand über schulische aber persönliche Erfahrungen und Fragen gesprochen wird.

- Oft ist die Raumkapazität das Problem. Darum braucht es eine Vergrößerung der Raumes durch die Öffnung von Lern- bzw. Begegnungsräumen zu definierten Zeiten für kleine feste Gruppen oder durch 1:1-Gespräche in der Schule. Wo und wann möglich, sollte die Gelegenheit genutzt werden, Gespräche im Freien durchzuführen. Auch nicht genutzte Räume wie Sporthallen, Vereinsräume und Bibliotheken können umfunktioniert werden. Das alles muss erfolgen unter der Voraussetzung, dass die gleichen Regeln wie für den Einzelhandel auch für die Schulen gelten: also dass alle Räume für Sprechstunden oder Kleingruppen benutzt werden können, wenn die Kinder Abstand halten. Die jeweils angemessene Gruppengröße muss den räumlichen Bedingungen vor Ort angepasst werden.

- Eine deutliche Reduzierung der Klassengröße und alternierender Unterricht (z.B. nachmittags/vormittags/an bestimmten Wochentagen) ist eine weitere Möglichkeit, die Übergangszeit unter Wahrung der Vorschriften zu nutzen. Fächern könnten in Präsenzphasen und „home schooling“ aufteilt werden. So könnten immerhin mehr Kinder und Jugendliche aus ihrer kompletten Kontaktsperre herauskommen. Die jeweils angemessene Gruppengröße muss den räumlichen Bedingungen vor Ort angepasst werden.
- An vielen Schulen wird seit Beginn der Corona-Schließungen die Möglichkeit genutzt, über Videokonferenzen zu unterrichten. Das funktioniert zum Teil auch schon bei Grundschülerinnen oder Grundschulern, sofern ein PC/Laptop/Tablet im Haushalt verfügbar ist. Es gibt aber weiterhin viele Schülerinnen und Schüler, die nicht digital erreicht werden können. Viele Schulen reagieren darauf mit Postsendungen an die Kinder. Hier könnte man darauf umstellen, dass die Kinder sich die Aufgaben zu festen Zeiten von ihrer Lehrkraft abholen, wenn der Schulweg dies erlaubt.
- Vor allem aber braucht es vermehrt technische Unterstützung – für die Schulen, aber auch für die Familien. Wir können nicht zulassen, dass ein Teil der Kinder und Jugendlichen abgehängt wird, weil die Ausstattung nicht stimmt. So kann über das Bildungs- und Teilhabepaket Zugang zu digitalen Geräten geschaffen werden. Entsprechend ist zu prüfen, ob Bundesmittel jetzt aus dem Digitalpakt für ein Sonderförderprogramm der Länder für die Anschaffung von ausreichend geeigneten digitalen Endgeräten für die Schulen umgeleitet werden können, die dann für bestimmte Kinder bereitgestellt werden.
- Öffentliche Einrichtungen, die ein stabiles und gutes WLAN-Netz und internetfähige Geräte besitzen, könnten für bestimmte Zeiträume Schülerinnen und Schülern Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. So könnten Schülerinnen und Schüler ohne häusliche Arbeits- und Internetzugangsmöglichkeiten in Stadtbibliotheken, Computerräumen der Schule oder Jugendzentren arbeiten. Eine Lehrkraft könnte so außerdem für mehrere Kinder und Jugendliche auch als Aufsichts- und Ansprechperson da sein.

- Es braucht klare Regelungen zur Bewertung von Leistungen in Schulen. Denn der Einfluss des familiären Hintergrunds steigt gerade. Es muss gelten, dass keine Schülerin und keine Schüler aufgrund der aktuellen Lage in ihrem Bildungserfolg benachteiligt wird. Einige Bundesländer nehmen den Unterricht in Abwesenheit aus der Bewertung heraus. Denn der Einfluss des familiären Hintergrunds steigt gerade. Die Einhaltung der Lehrpläne kann unter diesen Voraussetzungen nicht an allererster Stelle stehen.

## **V. Beinfreiheit und volle Rückendeckung**

Die Kultusministerinnen und Kultusminister sollten sich selbstverständlich an die Vereinbarungen der Länder mit dem Bund halten und sollten sich bei allen weiteren Entscheidungen eng abstimmen. Das heißt, ein regulärer Unterricht mit der normalen Stundentafel kann noch nicht beginnen. Es ist auch nicht absehbar, wann dieser wieder möglich sein wird. Umso wichtiger ist es, die Krisenlage mit besonderen Antworten in einer besonderen Situation zu gestalten und so gesellschaftliches Leben und Kita- und Schulalltag neu zu denken und zu ermöglichen. Dafür brauchen die Kitas, Schulträger, Schulen und nicht zuletzt die vielen engagierten Kita- und Schulleitungen, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte Entscheidungsspielraum, Beinfreiheit und volle Rückendeckung durch die Politik.

- Den Kommunen und Bildungseinrichtungen sollten eigene Handlungsspielräume gewährt werden. Die Voraussetzungen vor Ort (Ländliche Räume – urbane Räume, schulisches Personal, Betreuungskapazitäten, bauliche Infrastruktur der Schulen, Digitalisierungsgrad, sozialökonomische Situation der Kinder und Jugendlichen, etc.) sind teils sehr unterschiedlich. So kann mit Flexibilität das Bestmögliche aus der Situation gemacht werden. Entsprechend sollten sich Vorschriften auf die gesundheitlichen Sicherheitsmaßnahmen konzentrieren, alles, was diese einhält, sollte den Institutionen aber möglich sein.
- Wir wollen Kitas und Schulen die Möglichkeit geben, unbürokratisch und flexibel neue Angebote zu schaffen, wenn sie dies für möglich und nötig

halten. Dabei geht es nicht um einen Ersatz des Unterrichts, sondern in erster Linie darum, für die Kinder und Jugendlichen, für die es besonders wichtig ist, eine Isolation zu verhindern. Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen sollten aus der Kinder- und Jugendhilfe gerade jetzt noch stärker in den Kontext Schule eingebunden werden. Sie sind gerade in Krisenzeiten wichtige Ansprechpartner und wertvolle Vertrauenspersonen.

- Viele Schulen, gerade an Standorten mit großen Herausforderungen, sind im eigenen Stadtteil/ Ort gut vernetzt. Es sollte darum über Ausweitungen von Mentoring-Programmen nachgedacht werden, in den Schülerinnen und Schüler eine außerschulischen Begleitperson haben.
- Gut aktivierbar ist auch das Tutorenprinzip in der Schule, das heißt ältere Schülerinnen und Schüler bilden ein Lernduo mit jüngeren – davon profitieren beide. Auch hier ist wichtig, dass es um einen planbaren und begrenzten 1:1-Kontakt geht. Das schließt Studierende von pädagogischen Fächern mit ein. Sie könnten ebenfalls – gerade weil auch einige Unis geschlossen sind – an Schulen als Tutoren arbeiten und so die aufwendigere Betreuung ermöglichen.
- Die Kitas und Schulen sollten zur Umsetzung ein Budget aus dem Sozialhaushalt des Bundes erhalten – so wird die Autonomie des Bildungsföderalismus gewahrt und verhindert, dass sich Bund und Länder in langen Zuständigkeitsstreitereien verkeilen.

## **VI. Die Sommerferien nutzen**

- Selbst, wenn im Frühsommer eine Normalisierung des Betriebes möglich sein sollte, kommen schon bald die Sommerferien und die Schließungen setzen sich quasi als Ferienzeit weiter fort – nur dass in diesem Jahr die Schule ja schon monatelang die Türen geschlossen hatte. Deshalb sollten bis spätestens zu und in den Sommerferien Freizeitangebote für Schülerinnen und Schüler organisiert werden, die in kleinen festen Gruppen einen Ausweg bieten, die soziale Isolation nicht noch weiter verstärken und die Zugänge zu Bildung offen halten. Vielen Kulturschaffende, Trainerinnen, Dozenten sind

derzeit ihre Betätigungsfelder weggebrichen. Studierende haben ihre Jobs verloren. Wir haben die Chance, die Sommerferien mit Angeboten an den Kiats und Schulen zu füllen und so gegen die sozialen und pädagogischen Verluste der Corona-Krise anzuarbeiten. Ziel ist es dabei nicht einen verkappte Ferien-Unterricht anzubieten, sondern ein anregendes Freizeitprogramm in festen Kleingruppen. Je nach Infektionsgeschehen im Sommer können das kleine oder auch etwas größere Theater- und Musikworkshops, Filmprojekte, Radtouren in die Umgebung, Sportangebote im Freien, Sprach-, Koch - und Kunstkurse und vieles mehr sein. Wichtig ist, dass die Angebote über die Schulen laufen, damit möglichst viele Kinder und Jugendliche, die diese Möglichkeiten brauchen, auch erreicht werden.

Robert Habeck, Bundesvorsitzender

Margit Stumpp, Bundestagsfraktion

Ines Strehlau, LTF Schleswig-Holstein

Ivy May Müller, Hamburgische Bürgerschaft

Julia Willie Hamburg, LTF Niedersachsen

Marianne Burkert-Eulitz, Abgeordnetenhaus Berlin

Sigrid Beer, NRW und BAG-Sprecherin

Christin Melcher, LTF Sachsen

Wolfgang Aldag, LTF Sachsen Anhalt

Astrid Rothe-Beinlich, LTF Thüringen

Daniel Köbler, LTF Rheinland-Pfalz

Sandra Boser, LTF Baden-Württemberg

Gabriele Triebel, LTF Bayern

Hans-Jürgen Kuhn, BAG-Sprecher

Christopher Hupe, Bürgerschaft Bremen